

Technik und Protest – zum Wandel von Formen und Medien der Partizipation

Stromtrassen, Bahnhöfe oder Videokameras: Proteste gegen Infrastruktur- und Technologieprojekte haben Konjunktur. Nicht nur in Deutschland, sondern weltweit lösen große Energie- und Verkehrsprojekte Protest aus, vor allem dann, wenn die Planung ohne Zustimmung der im unmittelbaren Umfeld lebenden Bevölkerung und/oder ohne die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards geplant werden. Im Unterschied zu den Alternativ- und Protestbewegungen der 1980er und 1990er Jahre sind bei den aktuellen Protesten gegen Infrastrukturprojekte häufig professionelle Fachleute und engagierte Laien eingebunden, die nicht in eine vorindustrielle Welt zurückstreben, sondern an alternativen Plänen einer durchweg ebenfalls auf moderne Techniken gestützten Zukunft mitentscheiden wollen. Das Verhältnis von Technik und sozialen Bewegungen scheint also in den vergangenen Jahren wieder neu in Bewegung geraten zu sein. Dass sich hier die Gewichte verschieben, machen auch wissenschaftliche Arbeiten deutlich, die als Reflexionen dieser Entwicklungen in der aktuellen Technikdebatte und -forschung zunehmend bedeutsamer werden.

Nun zeigt der Blick in die Geschichte, dass die Technikentwicklung sehr häufig von gesellschaftlichen Gruppen kritisch begleitet wurde (Maschinenstürmer, Proteste gegen den Eisenbahnbau, gegen Atomanlagen – um nur einige der unzähligen Beispiele zu nennen). Was die Proteste gegen Technik eint, so fasst es Ohne-Reinicke in ihrem Beitrag zusammen, ist die Ähnlichkeit ihrer sozio-strukturellen Zusammensetzung: Es handelt sich überwiegend um Angehörige der Mittelschicht. Eine Ursache dafür mag darin liegen, dass es für diese Form der Auseinandersetzung bestimmter Fähigkeiten bedarf, d.h. die Akteure brauchen ein gewisses Maß an Ressourcen, Bildung und Selbstbewusstsein. Während in den 1970er Jahren

die Politisierung des Technikthemas dazu führte, dass sich zwei unversöhnliche Lager gegenüber standen – die Technikkritiker und die Technikaffinen –, scheint sich in jüngerer Zeit eher eine Annäherung abzuzeichnen, die um eine partizipative, nachhaltige Technikentwicklung kreist.

In engem Zusammenhang stehen diese Entwicklungen mit den neuen Möglichkeiten internet-gebundener Kommunikationsformen. Zwar lässt sich insgesamt ein Anwachsen von Partizipationswünschen besorgter und kritischer Bürgerinnen und Bürger beobachten. Doch gibt es durchaus auch kritische Stimmen von staatlicher Seite, die die dann entstehenden Proteste als eine Form der unberechtigten Einflussnahme ansehen („uneingeladener Protest“). Dabei wird die Kommunikationstechnik zum Medium von Protestbewegungen (zu neuen Formen des digitalen Protestes siehe *Kleger/Makswitat* in der *Aktuellen Analyse*; zum Hacker als Protestakteur im Netz siehe *Hempel*). Allerdings ist weitgehend unklar, inwieweit die neuen sozialen Medien und generell die Internet- und Kommunikationstechnologien auch zu einer Reorganisation sozialer Beziehungen und einer Aktivierung von AktivistInnen beitragen. Kollaborative Wissensproduktion und interaktive Protestkoordination verändern sich und erhalten auf diese Weise ein ganz neues Format. Zu beobachten ist die kollaborative Erstellung von Wissensplattformen und Themenforen (Stegbauer/ Jäckel 2008) und die epidemische Entstehung und Verbreitung zivilgesellschaftlicher Subjektivität, sozio-politischer Interaktion und politischer Mobilisierung zu neuen und auch neuartig organisierten Gemeinschaften (Shirky 2009).

Ganz allgemein lässt sich festhalten, dass kritische Gruppen zunehmend in die Technikentwicklung einbezogen werden. Dabei haben die Entwickler vor allem die Verbesserung ihrer Produkte bzw. die Antizipation erwartbarer Akzeptanzprobleme vor Augen. Den Gruppen, die sich einbeziehen lassen, geht es um Mitgestaltung und Einflussnahme. Mit der Etablierung des Leitbilds einer „Responsible

Innovation“ hat sich die Europäische Kommission im neuen Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 einer Ausweitung von Partizipation grundsätzlich verschrieben (vgl. zum Leitbild Responsible Innovation: Schomberg 2013). Als Ziel wird anvisiert, für weitreichende technologie- und innovationspolitische Entscheidungen zivilgesellschaftliche Akteure zu mobilisieren, um die Effektivität wie Legitimität solcher Entscheidungen zu steigern. Ist das aber für zivilgesellschaftliche Akteure attraktiv? Und was sind die Schattenseiten einer partizipativen Technikentwicklung? Nehmen wir den Kritiker_innen nicht frühzeitig den Wind aus den Segeln (siehe dazu auch den Beitrag von *Sternstein* in der Aktuellen Analyse)?

Auffällig ist zumindest, dass sich längst nicht alle Gruppen für diese Form des Einbezugs begeistern lassen. Dies betrifft gerade die kritischen Proteste, von denen zum Teil sehr weit reichende Impulse für Veränderungen ausgehen. Und diese Proteste sind im deutschsprachigen Raum nur vereinzelt Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung (Walk 2011). Dabei sind gerade diese flüchtigen Formen selbstorganisierter Politik, ihre Bedingungen und Dynamiken, nicht leicht zu verstehen und nur schwer integrierbar in Technikentwicklungsprogramme. Die Organisation von Protesten bleibt informell und von außen schwer einsehbar; die Effekte sind schwer zu isolieren und abzuschätzen.

Viele Protestgruppen fühlen sich instrumentalisiert und das nicht ohne Grund: Am Beispiel der Nanotechnologie zeigt *Wullweber* in seinem Beitrag, dass die Einführung der Nanotechnologie von den Protagonisten sehr strategisch vorbereitet und unter Einbezug der Öffentlichkeit erfolgreich als eine Technologie kommuniziert wurde, die positive Auswirkungen für Mensch und Gesellschaft hat. Durch die Integration von kritischen Akteuren, die wenige Jahre vorher im Gentechnik-Diskurs Teil des Widerstands waren, wurde die Bildung eines ähnlich antagonistischen Lagers in Bezug auf die Nanotechnologie erfolgreich verhindert: Von Anfang an wurde ein intensiver

Dialog mit der Öffentlichkeit gesucht, bei dem es allerdings nicht um die Frage ging, *ob* die Nanotechnologie kommen wird, sondern nur darum, *wie* die Nanotechnologieentwicklung ausgestaltet werden soll.

Dieses Beispiel einer erfolgreichen partizipativen Technikentwicklung verdeutlicht, dass auch kritische Gruppen zunehmend in Technikentwicklungsprozesse einbezogen werden, um die Ergebnisse zu verbessern bzw. erwartbaren Akzeptanzproblemen zuvorzukommen. In vielen Ländern werden seit einigen Jahren große Beträge in partizipative Forschungsprojekte investiert. Gleichzeitig wird die Einladung zur Partizipation („eingeladener Protest“) von den Angesprochenen selbst nicht angenommen (man beachte nur die vielen Verfahren zur partizipativen Technikfolgenabschätzung (TA), welche sich schwer tun, Partizipanten zu rekrutieren).

Dabei werfen Autor_innen dieses Bandes einen Blick auf unterschiedliche Phasen wissenschaftlich-technologischer Entwicklungen, in denen Partizipation eine Rolle spielt. Zum einen zeigen sich Ansätze zur Partizipation in Forschungsprozessen. Solche Optionen erlauben in neuer Weise die Inklusion von Protest und werden entsprechend grundsätzlich ausgeschlossen von Akteuren der Zivilgesellschaft betrachtet. Dennoch kann die Frage nach Form und Bedeutung von Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure in Forschungsprozessen nicht eindeutig beantwortet werden. So viel steht zumindest fest: Es bedarf eines differenzierten Blicks auf die Randbedingungen, unter denen zivilgesellschaftlichen Akteuren Partizipation als attraktive Option zur Inklusion von Protest erscheint (vgl. die Beiträge von *Bogner* sowie *Bösch*/*Pfersdorf* in diesem Band).

Zum anderen gibt es Formen der Partizipation, welche zu Zeitpunkten technologischer Entwicklung ansetzen, zu denen schon längst politische Frontstellungen entstanden sind. Welche Verbindlichkeiten benötigen Entscheidungsverfahren bzgl. der Aufnahme von Kritik? Verändern sich – und wenn ja, in welcher

Weise – durch Protestmobilisierung die gesellschaftlichen Koordinaten der Innovation und des Entscheidens? In diesem Band diskutieren *Bornemann/Saretzki* am Beispiel des Fracking ein Verfahren zur Inklusion zivilgesellschaftlicher Akteure und bewerten es hinsichtlich seiner demokratiepolitischen Bedeutung. Besonders extrem sind die Frontstellungen im Fall nuklearer Entsorgung, weshalb hier die Partizipation der Anti-AKW-Bewegung in einem „eingeladenen Verfahren“ selbst zu einer Zerreißprobe für den Zusammenhalt der zivilgesellschaftlichen Akteure wird (vgl. den Beitrag von *Brunnengräber/Hocke* in diesem Band). Beide Arbeiten zeigen, wie bedeutsam die demokratiepolitisch eindeutige Positionierung solcher partizipativer Verfahren in politisch hoch umstrittenen Entwicklungsprozessen ist.

Verändern sich durch sozio-technologischen Wandel die Konstitutionsbedingungen von so-

zialen Bewegungen? Diese Frage scheint ganz zugespitzt im Kontext neuer Möglichkeiten technologischer Überwachung auf. Technische Entwicklungen sind zumal im Computerzeitalter auch immer verbunden mit Neuerungen und nicht zuletzt mit einer Kapazitäts- und Leistungssteigerung bei den Möglichkeiten der Erfassung, Speicherung und Verarbeitung von Daten, kurz: mit technikgestützter Überwachung und Kontrolle (Deleuze 1993; Garland 2002; Hempel/Töpfer 2009; Stolle/Singelstein 2008). Aktuelle Debatten in diesem Themenfeld (Stichwort NSA-Skandal, Edward Snowden) legen beredtes Zeugnis von der Brisanz und Relevanz der Überwachungspotenziale für die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung ab. Dabei ist es höchst überraschend, dass einer der größten Überwachungsskandale der Gegenwart, die durch den Whistleblower Edward Snowden ausgelöste Enthüllung von Überwachungsmaßnahmen des US-Geheim-

